

Österreich hingegen Landesgesellschaften. Staatliche Umweltpolitik bedarf nicht des Marktes, wenn der Staat nichts anderes zu tun braucht, als seinen eigenen Unternehmen bestimmte Auflagen zu erteilen. Öffentliche Unternehmen, soweit sie eine Monopolstellung haben (Energiewesen), können als Instrumente staatlicher Politik direkt eingesetzt werden.

#### Literatur:

- I. WEGEHENKEL (Hrsg.), *Umweltprobleme als Herausforderung der Marktwirtschaft — Neue Ideen jenseits des Dirigismus*, H. M. Schleyer-Stiftung und W. Eucken-Institut, Stuttgart 1983.  
I. WICKE, *Umweltökonomie*, München 1982.

### **8. Bildungspolitische Maßnahmen zur Hebung des Umweltbewußtseins**

Eine formale Bestandsaufnahme des Beitrages des Bildungswesens zur Umweltpolitik durch Heranbildung von Umweltbewußtsein sollte jeweils auch mit der realen Situation konfrontiert werden: Unterrichtsprinzipien mögen in Verordnungsblättern niedergelegt sein, ihre Umsetzung in praktischen Schulunterricht ist eine andere Frage; Lehrerweiterbildungsveranstaltungen mögen Umweltschutzthemen verstärkt berücksichtigen, die tatsächliche Unterrichtsgestaltung steht auf einem anderen Blatt.

#### **8.1. Schulen**

Im Schulbereich können wir in den Lehrplänen fast durchgehend ein Unterrichtsprinzip „Umwelterziehung“ feststellen, wobei diesem Unterrichtsprinzip das Fach „Biologie und Umweltkunde“ als Basisfach zur Seite gestellt wird. Es fehlt aber bei diesem Unterrichtsprinzip die Nennung anderer Fächer (wie etwa Chemie, aber auch Geographie und Wirtschaftskunde), die in diesem Bereich sicher einiges beizutragen hätten.

Im Unterrichtsfach „Biologie und Umweltkunde“ der allgemeinbildenden Schulen stellt man fest, daß das Fach noch immer sehr stark als „Naturgeschichte“ zu bezeichnen ist und vielfach nur durch neue

umweltkundliche Bildungsstoffe angereichert wurde. Die Frage, mit welcher Intensität Lehrer diese eher neuen Gegenstandsbereiche im Unterricht abhandeln, ist u. a. ein Problem einer adäquaten Lehrerausbildung.

Festgestellt werden kann jedenfalls, daß es für interessierte Lehrer seit längerem umfangreiche Weiterbildungsangebote gibt, die von verschiedensten Organisationen angeboten werden. Das Unterrichtsministerium bedient sich hierzu der Arbeitsgemeinschaft Umwelterziehung in der Österreichischen Gesellschaft für Natur und Umweltschutz, die Veranstaltungen durchführt und eine Publikationsreihe herausgebracht hat. Ebenfalls haben die volkswirtschaftlichen Gesellschaften das Thema Umwelterziehung aufgegriffen, die pädagogischen Institute — an sich für die Lehrerweiterbildung zuständig — bieten entsprechende Seminare an. Lehrerweiterbildung ist aber nicht obligatorisch und erreicht daher im Normalfall vor allem nur einen Kreis besonders Interessierter, während eine nicht unbedeutende Anzahl von Lehrern keine Fortbildung in Anspruch nimmt.

In verschiedenen Bereichen des österreichischen Schulwesens finden sich mittlerweile Gegenstände, in deren Bezeichnungen das Wort „Umweltschutz“ vorkommt. So etwa im technischen Schulwesen den Unterrichtsgegenstand „Umweltschutz und Unfallverhütung“, im Polytechnischen Lehrgang sind in das Fach „Naturkundliche Grundlagen der modernen Wirtschaft“ bedeutende Fragestellungen der Umwelterziehung eingegangen. Vor allem im Pflichtschulbereich kommt traditionell noch der (Umwelt-)Erziehung große Bedeutung zu, während sich das weiterführende Schulwesen — in Anbetracht des Alters der Schüler — verstärkt auf Wissensvermittlung konzentriert.

Zusammenfassend kann man daher feststellen, daß im österreichischen Schulwesen vom Unterrichtsprinzip „Umwelterziehung“ ausgehend über die entsprechenden Gegenstände zumindest eine Infrastruktur vorhanden ist, auf der aufbauend interessierte und geschulte Lehrer eine sinnvolle Umwelterziehung bieten können.

Weniger befriedigend stellt sich jedoch nach wie vor die „universitäre“ Lehrerbildung dar, weil z. B. das Studium für das Lehramt „Biologie und Erdwissenschaften“ zumindest in seinen Diplomprüfungsfächern keine expliziten Beziehungen zum Bereich der Ökologie herstellt. Dieses Problem, daß sich Lehramtsstudien an der Universität nicht immer mit den schulischen und lehrplanmäßigen Anforderungen an die künftigen Lehrer decken, stellt sich prominent auch im Bereich der „Geographie- und Wirtschaftskunde“.

## 8.2. Universitäten

Seit dem Studienjahr 1983/84 gibt es an der Technischen Universität Wien gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur Wien und ab dem Studienjahr 1984/85 an der Technischen Universität Graz ein Aufbaustudium „Technischer Umweltschutz“; nach 4 Semestern kann die Berufsbezeichnung „Diplomierter Umwelttechniker“ erworben werden. Allerdings ist nach erfahrungsgemäß langer Dauer technischer Studien ein weiteres Aufbaustudium nur wenig attraktiv. Im übrigen konkurrieren diese Aufbaustudien in der Zielsetzung mit Bemühungen, ergänzende Kenntnisse in die bestehenden Diplomstudien zu integrieren.

Erwähnt werden soll auch noch der Studienversuch „Landschaftsökologie und Landschaftsgestaltung“, der ab dem Studienjahr 1981/82 an der Universität für Bodenkultur Wien für 5 Studienjahre eingerichtet wurde. Die Absolventen sollen zwischen den Extremen des bloßen Technikers einerseits und des rein theoretischen Ökologen andererseits ausgebildet sein. Dieser Studienversuch wies immerhin 1983/84 fast 400 ordentliche Hörer auf.

An der Universität Innsbruck beschäftigt sich das Institut für Alpenländische Landwirtschaft und ökonomischen Landbau mit Fragen der Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und des ökologischen Gleichgewichtes.

Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang auch Bemühungen des Außeninstitutes der Technischen Universität Wien, das seit einigen Jahren sehr aktiv im Bereich der Weiterbildung tätig ist und vor allem auch Grenzgebiete zwischen Technik und Ökologie durch gezielte Bildungsmaßnahmen abzudecken versucht. Interessanterweise fehlen einschlägige Hochschullehrgänge.

## 8.3. Erwachsenenbildung

Betrachtet man die Erwachsenenbildung, so muß man zwischen der allgemeinen Erwachsenenbildung (Volkshochschulen, konfessionell orientierte Bildungseinrichtungen und ähnlichem) und der berufsorientierten Erwachsenenbildung (WIFI, BFI, LBI) unterscheiden. Erstere Institutionen haben in verstärktem Maß Themen des Umweltschutzes in ihre Kursprogramme aufgenommen; über die Effizienz, die tatsächliche Frequenz solcher Kurse, läßt sich wenig sa-

gen. In den berufsorientierten Erwachsenenbildungseinrichtungen gibt es bisher kaum Kursprogramme, die sich unmittelbar mit Fragen, etwa der Umwelttechnologie und ähnlichem, beschäftigen, wohl aber Kursveranstaltungen, die Randgebiete erfassen, z. B. durch Einführungen in neue Vorschriften des Umweltrechtes.

#### 8.4. Interessenvertretungen

Die Kammern der gewerblichen Wirtschaft veranstalten regelmäßig Informations- und Sprechstage für österreichische Unternehmen, um sie über die neuesten Entwicklungen auf dem Sektor der Technologie, gesetzliche Bestimmungen etc. zu unterrichten. Einzelne Fachorganisationen veranstalten auch Seminare, in denen branchenweise die Umweltprobleme erörtert und Problemlösungen gesucht werden.

Die Wirtschaftsförderungsinstitute stehen mit Sachverständigen, Konsulenten und Zivilingenieuren in Verbindung. Diese Experten werden von den Instituten für Beratungen und Problemlösungen an österreichische Firmen vermittelt.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer und die Landeslandwirtschaftskammern befassen sich seit Jahren mit der Erhaltung und Sicherung der land- und forstwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, Bodenbeschaffenheit, Luftqualität und Wassergüte. Beratungs-, Schulungs- und Förderungsmaßnahmen nehmen auf nachhaltige Produktionssicherung und Landschaftsgestaltung Bedacht. Mit Fragen des Umweltschutzes befaßt sich ein eigener Ausschuß der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern. Verschiedenste Aktivitäten der land- und forstwirtschaftlichen Interessenvertretung sind darauf ausgerichtet, die im Kapitel Landwirtschaft aufgezeigten Gefahren einer ökologischen Fehlentwicklung hintanzuhalten.

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit werden vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und von den Fachgewerkschaften Kurse angeboten, die sich mit umweltpolitischen Fragestellungen befassen. Dabei bilden vor allem Umweltschutz am Arbeitsplatz und der Fragenkomplex „Umwelt und Wachstum“ einen Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Umwelt“, die vom Österreichischen Arbeiterkammertag herausgegeben wird und die regelmäßig den österreichischen Betriebsräten zukommt, versucht, dieser Zielgruppe umweltpolitische Informationen allgemeiner Art zu vermitteln.